

A n t r a g

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

Christliche Kirchen schützen und christlich-abendländische Traditionen bewahren – „Kulturkampf 2.0“ entschieden entgegenzutreten

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Kirchen in Thüringen zusammen mit anderen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften einen verfassungsrechtlich gesicherten Rang besitzen;
 2. Thüringen durch die christlich-abendländische Kultur, ihre Traditionen und Werte geprägt und beeinflusst ist;
 3. christliche Feiertage, Feste, Riten und Traditionen in der Gesellschaft verwurzelt sind und einen festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens bilden;
 4. sich die bestehende Feiertagskultur, die eine Vielzahl gesetzlicher und religiöser Feiertage umfasst, im 1990 wiedergegründeten Freistaat Thüringen längst bewährt hat und über die Religionszugehörigkeit des Einzelnen hinaus in der Bevölkerung hohe Zustimmung findet;
 5. die gesetzlichen Feiertage unter besonderen Schutz des Thüringer Feier- und Gedenktagesgesetzes fallen und daran festzuhalten ist.
- II. Die Landesregierung wird gebeten,
 1. Bericht zu erstatten über das Verhältnis und die Zusammenarbeit des Landes mit den Kirchen, der jüdischen Landesgemeinde sowie anderen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften;
 2. weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass die christlichen Kirchen zusammen mit den anderen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften ihren jeweiligen Glauben beziehungsweise ihre nichtreligiösen Überzeugungen frei ausüben können;
 3. sich für den Schutz der gesetzlichen Feiertage nach dem Thüringer Feier- und Gedenktagesgesetz einzusetzen sowie Vorschlägen und Vorstößen, diese einzuschränken beziehungsweise abzuschaffen, eine klare Absage zu erteilen.

Begründung:

Die seit dem Jahr 1990 etablierte, vielfältige Feiertagskultur hat sich in Thüringen und darüber hinaus bewährt und findet über die Religionszugehörigkeit des Einzelnen hinaus auch in der Bevölkerung hohe Zu-

stimmung. Deshalb ist allen Vorschlägen, die gesetzlichen Feiertage einzuschränken oder gar abzuschaffen, eine klare Absage zu erteilen.

Für die Fraktion
der CDU:

Für die Fraktion
des BSW:

Für die Fraktion
der SPD:

Jary

Dr. Wogawa

Merz